

# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
Vorbemerkung . . . . .	1
Kapitel 1	
Mandatsannahme und erste Tätigkeiten des Rechtsanwalts im Bußgeldverfahren . . . . .	3
Kapitel 2	
Einzelne Ordnungswidrigkeitentatbestände . . . . .	9
Kapitel 3	
Der Bußgeldbescheid . . . . .	61
Kapitel 4	
Rechtsfolgen . . . . .	67
Kapitel 5	
Verfahrensrecht . . . . .	101
Kapitel 6	
Zwischenverfahren, § 69 OWiG . . . . .	127
Kapitel 7	
Gerichtliches Bußgeldverfahren . . . . .	129
Kapitel 8	
Pflichtverteidigung . . . . .	191
Kapitel 9	
Verbandsbußgeldbescheid, § 30 OWiG . . . . .	193
Kapitel 10	
Vermögensabschöpfung im Ordnungswidrigkeitengesetz . . . . .	199
Kapitel 11	
Die Rechtsbeschwerde . . . . .	221

## **Inhaltsübersicht**

<b>Kapitel 12</b>	
Wiederaufnahme des Verfahrens, § 85 OWiG . . . . .	229
<b>Kapitel 13</b>	
Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen . . . . .	231
<b>Kapitel 14</b>	
Verkehrszentralregister und Punktesystem . . . . .	241
<b>Kapitel 15</b>	
Rechtsanwaltsvergütungsfragen . . . . .	247
<b>Kapitel 16</b>	
Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Aspekte . . . . .	267
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>271</b>
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>275</b>

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
Vorbemerkung . . . . .	1
<b>Kapitel 1. Mandatsannahme und erste Tätigkeiten des Rechtsanwalts . .</b>	<b>3</b>
Muster einer anwaltlichen Vollmacht . . . . .	6
<b>Kapitel 2. Einzelne Ordnungswidrigkeitentatbestände . . . . .</b>	<b>9</b>
A. Geschwindigkeitsüberschreitungen . . . . .	9
I. Standardisierte Messverfahren . . . . .	10
1. Anforderungen an die Verurteilung wegen Geschwindigkeits- überschreitung . . . . .	10
2. Qualifiziertes Geständnis . . . . .	11
3. Eichung . . . . .	13
II. Kein standardisiertes Messverfahren . . . . .	13
III. Schuldform . . . . .	14
IV. Defektes Tachometer . . . . .	15
V. Identifizierung des Betroffenen durch Lichtbild . . . . .	15
1. Zugriff der Bußgeldstelle auf Passfoto . . . . .	16
a) Verstoß gegen § 2b II PersonalAuswG . . . . .	16
b) Auskunftspflicht der Passbehörde . . . . .	16
2. Anforderungen an Urteilsgründe . . . . .	17
VI. Verwertbarkeit von Geschwindigkeitsmessungen . . . . .	18
B. Rotlichtverstoß . . . . .	21
C. Ladungsmängel . . . . .	23
I. Allgemeine physikalische Ausführungen zur Ladungssicherung . . .	24
II. Verkehrssichere Verstauung der Ladung nach den anerkannten Re- geln der Technik . . . . .	25
III. Verantwortlichkeit des Fahrzeugführers . . . . .	26
IV. Halterverantwortlichkeit . . . . .	27
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	27
2. Qualitätsmanagement und Dokumentation . . . . .	27
3. Delegation . . . . .	28
4. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	28
V. Ahndung des Ladungsfehlers als Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG . . . . .	29
VI. Weiter gehende Verantwortlichkeiten . . . . .	29
VII. Zusammenfassung und Praxistipp . . . . .	31
D. Überladungen . . . . .	32

## Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	32
II. Fehlendes Unrechtsbewusstsein	33
III. Bestimmungen im Bußgeldkatalog	34
IV. Kriterien bei der Prüfung des subjektiven Tatbestandes	34
1. Verantwortlichkeit des Fahrzeugführers	34
a) Erkennbarkeit der Überladung	35
b) Vermeidbarkeit der Überladung	35
c) Stellungnahme	37
aa) Einholung eines Sachverständigengutachtens zur Bemerkbarkeit der Überladung	37
bb) Praxistipp	40
d) Die EG-KfZ-Qualifikationsrichtlinie und das Berufskraftfahrer-Qualifikationsgesetz	42
2. Halterverantwortlichkeit	43
V. Verantwortlichkeit des Verladers?	44
VI. Bußgeldzumessungserwägungen	44
VII. Zusammenfassung	45
E. Verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Mängel	45
F. Überholverbot	46
G. Mindestgeschwindigkeit beim Überholen	47
H. Benutzung eines Mobil- oder Autotelefons	49
I. Der Begriff der Benutzung	49
II. Zum Begriff des Mobil- oder Autotelefons	50
III. Der Begriff des Fahrzeugführers	51
IV. Telefonhörer und Headset	51
V. Schuldform	51
J. Führen eines Kraftfahrzeugs unter Einfluss von Alkohol	52
I. Rechtsvergleichende Erwägungen	52
II. Atemalkoholmessung	53
III. Blutalkoholmessung	55
IV. Berechnung der Blutalkoholkonzentration	59
K. Gurtanlegepflicht nach § 21 a StVO	59
<b>Kapitel 3. Der Bußgeldbescheid</b>	<b>61</b>
A. Wesentlicher Inhalt	61
I. Angaben zur Person des Betroffenen, § 66 Abs. 1 Nr. 1 bzw. Angaben zur Person etwaiger Nebenbeteiligter, § 66 Abs. 1 Nr. 1 OWiG	61
II. Name und Anschrift des Verteidigers, § 66 Abs. 1 Nr. 2 OWiG	62
III. Bezeichnung der Tat, der gesetzlichen Merkmale der Ordnungswidrigkeit und der angewendeten Bußgeldvorschriften, § 66 Abs. 1 Nr. 3 OWiG	62
IV. Beweismittel, § 66 Abs. 1 Nr. 4 OWiG	62
V. Rechtsfolgen (Geldbuße und Nebenfolgen), § 66 Abs. 1 Nr. 5 OWiG	62
VI. § 66 Abs. 2 OWiG	63
VII. Begründung, § 66 Abs. 3 OWiG	63
B. Folgen von Mängeln	63

<b>Kapitel 4. Rechtsfolgen</b> .....	<b>67</b>
A. Verwarnungsgeld .....	67
B. Geldbuße .....	67
I. Die Höhe der Geldbuße .....	68
1. Der Regelrahmen, § 17 Abs. 1 OWiG .....	68
2. Vorsätzliches und fahrlässiges Handeln, § 17 II OWiG .....	68
3. Zumessungskriterien gem. § 17 III OWiG .....	68
4. Berechnung des wirtschaftlichen Vorteils, § 17 IV OWiG .....	70
a) Bedeutung der Vorschrift .....	70
b) Regelungsinhalt des § 17 IV OWiG .....	71
aa) Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils .....	71
bb) Wegfall des wirtschaftlichen Vorteils bei der Bemessung der Geldbuße .....	71
cc) Auswirkungen von Schäden des Betroffenen infolge der Ordnungswidrigkeit .....	72
c) Besonderheiten der Bußgeldbemessung bei Verstößen gegen das Fahrpersonalgesetz .....	73
aa) Fehlender wirtschaftlicher Profit des Fahrers .....	73
bb) Keine Erstattung von Geldbußen durch den Arbeitgeber ..	73
d) Zusammenfassung und Praxistipp .....	74
II. Gewährung von Zahlungserleichterungen, § 18 OWiG .....	74
C. Fahrverbot gem. § 25 StVG .....	74
I. Grobe oder beharrliche Verletzung der Pflichten eines Kraftfahr- zeugführers .....	75
1. § 25 I 1 StVG .....	75
2. § 25 I 2 StVG .....	75
3. Bußgeld-Katalogverordnung .....	75
a) Regelfahrverbot nach § 4 I BKatV .....	76
b) Regelfahrverbot nach § 4 II 2 BKatV .....	76
4. Fahrverbot außerhalb eines Regelbeispiels .....	76
5. Dauer des angeordneten Fahrverbots .....	78
II. Absehen von Fahrverbot .....	78
1. Wegfall des Fahrverbots wegen drohender Existenzgefähr- dung .....	79
a) Einführung in die Problematik .....	79
b) Praxistipp .....	80
c) Konkrete Gefahr .....	81
d) Das Kriterium: Abwendbarkeit eines Arbeitsplatzverlusts ...	82
e) Bedeutung der Abgabefrist in § 25 II a StVG .....	83
f) Überprüfbarkeit der behaupteten besonderen Härte .....	84
g) Vorlage von Bestätigungsschreiben .....	84
h) Fallbeispiel: Inhalt eines Bestätigungsschreibens des Ar- beitsgebers .....	86
2. Absehen vom Fahrverbot wegen gesundheitlicher Beeinträchti- gung .....	88

## Inhaltsverzeichnis

III. Stark unterschiedliche Handhabung von § 25 StVG . . . . .	88
1. Regionale Unterschiede . . . . .	88
2. Marotten einiger Bußgeldrichter . . . . .	89
IV. Rechtsbeschwerde . . . . .	90
1. Pragmatische Überlegungen . . . . .	90
2. Rechtsfehlerbehaftete Bußgeldurteile . . . . .	90
a) Verkenntung des Systems der Regelfahrverbote nach § 25 I 1, 2 StVG . . . . .	91
b) Übergehen der Einlassung des Betroffenen . . . . .	91
c) Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot bei Erhöhung der Geldbuße? . . . . .	92
d) Verhängung eines Fahrverbots im Einspruchsverfahren . . . . .	93
V. Zusammenfassung und Fazit . . . . .	94
Formular für eine auf Verletzung von § 265 II StPO gestützte Rechtsbeschwerde . . . . .	95
 Kapitel 5. Verfahrensrecht . . . . .	 101
A. Verfolgungsverjährung . . . . .	101
I. Verjährungsfrist . . . . .	101
II. Unterbrechung der Verfolgungsverjährung . . . . .	102
1. Überblick . . . . .	102
2. Einzelne praxisrelevante Unterbrechungstatbestände . . . . .	103
a) § 33 I S. 1 Nr. 1 OWiG . . . . .	103
b) § 33 I S. 1 Nr. 4 OWiG . . . . .	104
c) § 33 I S. 1 Nr. 5 OWiG . . . . .	104
d) § 33 I S. 1 Nr. 9 OWiG . . . . .	105
aa) Die (Ersatz-)Zustellung des Bußgeldbescheides an den Betroffenen . . . . .	106
(1) Persönliche Übergabe des Bußgeldbescheides . . . . .	106
(2) Ersatzzustellung . . . . .	106
(α) Einlegen in einen nicht abschließbaren Briefkasten? . . . . .	107
(β) Zum Begriff „Wohnung“ . . . . .	107
(γ) Rechtsmissbräuchliches Verhalten des Betroffenen . . . . .	108
bb) Die Zustellung des Bußgeldbescheides an den bevollmächtigten Rechtsanwalt . . . . .	109
(1) Zustellung des Bußgeldbescheids nur an bevollmächtigten Rechtsanwalt einer Rechtsanwaltskanzlei/Partnergesellschaft . . . . .	109
(2) Wirksame Zustellung eines Bußgeldbescheids bei „außergerichtlicher Vollmacht“? . . . . .	110
(α) Rein formale Betrachtungsweise . . . . .	110
(β) Gesetzliche Fiktion der Zustellungsvollmacht . . . . .	110
(γ) Zustellungsvollmacht nach § 51 Abs.3 Satz 1 OWiG einer für das Strafverfahren erteilten Voll-	

macht des Verteidigers in einem nachfolgenden Bußgeldverfahren? . . . . .	111
(δ) Fehlerhafte Ersatzzustellung beim Verteidiger durch fehlende Nachfrage . . . . .	112
cc) Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten bei aus- ländischen Betroffenen . . . . .	113
dd) Wirksame Zustellung eines Bußgeldbescheids nur bei Angabe des Aktenzeichens auf Briefumschlag? . . . . .	113
ee) Folgen der unwirksamen Zustellung . . . . .	114
ff) Die Heilung von Zustellungsmängeln . . . . .	115
gg) Praxistipp . . . . .	116
III. Absolute Verjährungsfrist . . . . .	116
B. Einspruch . . . . .	117
I. Verzicht auf Einspruch . . . . .	117
II. Rücknahme des Einspruchs . . . . .	117
III. Rechtswirkung der Zahlung der Geldbuße . . . . .	118
1. Rechtliche Einordnung . . . . .	118
2. Meinungsstand . . . . .	119
a) Stillschweigende/r Verzicht bzw. Einspruchsrücknahme . . . . .	119
b) Umkehr der Beweislast . . . . .	119
c) Bloße Zahlung kein eindeutiger Erklärungswert . . . . .	120
d) Stellungnahme . . . . .	121
3. Meinungsstand im Strafrecht . . . . .	122
4. Fazit . . . . .	122
C. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, § 52 OWiG . . . . .	122
I. Zulässigkeit . . . . .	123
1. Antrag . . . . .	123
2. Antragsberechtigung . . . . .	123
3. Zuständige Antragsstelle . . . . .	123
4. Form . . . . .	123
5. Inhalt des Antrags . . . . .	123
6. Frist . . . . .	124
II. Begründetheit . . . . .	124
III. Rechtsmittel . . . . .	124
IV. Fallbeispiel für vom Rechtsanwalt zu vertretende Fristversäumung . . . . .	125
<b>Kapitel 6. Zwischenverfahren, § 69 OWiG . . . . .</b>	<b>127</b>
1. Stufe: Verfahren bei der Verwaltungsbehörde . . . . .	127
2. Stufe: Verfahren bei der Staatsanwaltschaft . . . . .	127
3. Stufe: Gerichtliche Überprüfung . . . . .	128
<b>Kapitel 7. Gerichtliches Bußgeldverfahren . . . . .</b>	<b>129</b>
A. Zuständigkeit des Amtsgerichts . . . . .	129
B. Schriftliches Verfahren gem. § 72 OWiG . . . . .	129
C. Hauptverhandlung gem. § 71 OWiG . . . . .	130

## Inhaltsverzeichnis

I. Pflicht zur Ladung des Verteidigers zur Hauptverhandlung . . . . .	131
II. Anspruch auf Terminsverlegung bei Verhinderung . . . . .	132
III. Anwesenheit des Betroffenen in der Hauptverhandlung, § 73 I OWiG . . . . .	133
IV. Entbindung des Betroffenen von der Verpflichtung zum Erscheinen, § 73 II OWiG . . . . .	133
1. Rückblick und Vergleich mit früherer Rechtslage . . . . .	133
2. Verpflichtung zur Entbindung des Betroffenen gem. § 73 Abs. 2 OWiG . . . . .	134
3. Form und Zeitpunkt des Entbindungsantrages . . . . .	134
4. Besondere Vertretungsvollmacht für Entbindungsantrag . . . . .	135
5. Entbindung bei Äußerung des Betroffenen zur Sache, § 73 II 1. Alt. OWiG . . . . .	136
6. Entbindung bei Ankündigung des Schweigens und Anwesenheit zur Aufklärung wesentlicher Gesichtspunkte des Sachverhalts nicht erforderlich, § 73 II 2. Alt. OWiG . . . . .	136
7. Fallgruppen der Befreiung von der Erscheinungspflicht . . . . .	138
a) Bestreiten der Fahrereigenschaft . . . . .	138
b) „Nichtbestreiten“ der Fahrereigenschaft . . . . .	138
c) Verhängung eines Fahrverbotes . . . . .	139
d) Gericht muss sich „ein Bild von dem Betroffenen“ machen . . . . .	139
e) Überdenken des Entschlusses zum Schweigen . . . . .	139
f) Gegenüberstellung mit einem Zeugen . . . . .	140
g) Aufklärung der wirtschaftlichen Verhältnisse . . . . .	140
8. Persönliches Erscheinen nach Verfallsbescheiden . . . . .	141
9. Zulassung der Rechtsbeschwerde bei rechtsfehlerhafter Verwerfung des Einspruchs? . . . . .	141
a) Verstoß gegen den Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . . .	141
b) Zusätzliche Voraussetzung einer willkürlichen Entscheidung . . . . .	142
c) Stellungnahme . . . . .	143
10. Anforderungen an die Rüge der Verletzung rechtlichen Gehörs . . . . .	143
11. Zusammenfassung . . . . .	145
12. Fallbeispiel . . . . .	145
V. Verletzung des Anwesenheitsrechtes . . . . .	154
VI. Verfahren bei Abwesenheit . . . . .	154
D. Die Beweisaufnahme, §§ 77 f. OWiG . . . . .	155
I. Einschränkung des Amtsaufklärungsgrundsatzes . . . . .	155
II. Vereinfachung der Beweisaufnahme . . . . .	156
III. Das Selbstladungsverfahren . . . . .	157
1. Namhaftmachung des Sachverständigen . . . . .	157
2. Ladungsschreiben an den Sachverständigen . . . . .	158
3. Ladungsauftrag an den Gerichtsvollzieher . . . . .	160
4. Zustellungsurkunde zum Ladungsnachweis . . . . .	160
5. Beweisantrag auf Vernehmung des präsenten Sachverständigen in der Hauptverhandlung . . . . .	161



6. Kosten des Privatgutachters . . . . .	162
7. Rechtsbeschwerde . . . . .	163
8. Fazit und Ausblick . . . . .	163
E. Nichtgewährung des letzten Wortes . . . . .	164
F. Ausschließung und Ablehnung des Bußgeldrichters . . . . .	165
I. Ausschluss eines Richters von der Mitwirkung an einer Entscheidung . . . . .	165
1. Ausschließung eines Richters kraft Gesetzes gem. § 22 StPO i.V.m. § 46 I OWiG . . . . .	166
2. Ausschließung bei Mitwirkung in früheren Verfahren gem. § 23 I StPO i.V.m. § 46 I OWiG . . . . .	166
II. Ablehnung des Richters wegen Besorgnis der Befangenheit, § 24 II StPO i.V.m. § 46 I OWiG . . . . .	166
1. Definition der Besorgnis der Befangenheit des Richters . . . . .	167
2. Gang des Verfahrens . . . . .	167
3. Erscheinungsformen der Befangenheit . . . . .	168
a) Streitigkeiten bei der Terminierung . . . . .	169
b) Verstoß gegen die Unschuldsvermutung gem. Art. 6 II EMRK und vorweggenommene Beweiswürdigung . . . . .	171
aa) „Vor-Urteil“ laut Akte dokumentiert . . . . .	171
bb) Pauschale Hinweise auf geringe Erfolgsaussichten . . . . .	172
cc) Unsachliche Äußerungen . . . . .	173
c) Äußerungen/Gestiken des Richters . . . . .	173
aa) Vorwurf der Prozessverschleppungsabsicht . . . . .	173
bb) Tippen des Richters an die Stirn . . . . .	173
cc) Kommentierungen von Zeugenaussagen . . . . .	173
dd) Befangenheit mangels Rechtskenntnis . . . . .	174
4. Unterlassen der Mitteilung der dienstlichen Äußerung des Richters . . . . .	174
5. Rechtsbeschwerde, § 338 I Nr. 3 StPO i.V.m. § 71 I OWiG, § 344 II StPO . . . . .	175
6. Zulassungsrechtsbeschwerde gem. § 80 OWiG . . . . .	176
7. Zusammenfassung . . . . .	176
Formular für einen Befangenheitsantrag . . . . .	177
G. Grundsatz der Öffentlichkeit der Verhandlung (§§ 46 OWiG, 169 S. 1 GVG) . . . . .	178
I. Einschränkungen des Öffentlichkeitsgrundsatzes im Bußgeldverfahren . . . . .	178
II. Uneingeschränkte Geltung im Ordnungswidrigkeitenverfahren . . . . .	180
H. Deals im Bußgeldverfahren . . . . .	181
I. Gesetzliche Grundlage . . . . .	181
II. Anwendbarkeit der Regelungen der Verständigung im Strafverfahren auf das OWi-Recht . . . . .	181
III. Beteiligung der Staatsanwaltschaft . . . . .	182
IV. Protokollierung . . . . .	182
V. Wegfall von Fahrverboten im Deal-Wege . . . . .	182

## Inhaltsverzeichnis

VI. Wegfall der Geschäftsgrundlage . . . . .	183
VII. Fazit und Ausblick . . . . .	183
J. Urteilsgründe in Bußgeldsachen . . . . .	184
I. Absehen von Urteilsgründen . . . . .	184
II. Konsequenzen bei fehlenden Urteilsgründen . . . . .	184
1. Zulassungsfreie Rechtsbeschwerde . . . . .	184
2. Zulassungsbedürftige Rechtsbeschwerde . . . . .	185
a) Keine zwingende Zulassung der Rechtsbeschwerde bei fehlenden Urteilsgründen . . . . .	185
b) Rechtsbeschwerde zuzulassen . . . . .	185
c) Stellungnahme . . . . .	186
K. Urteilsabsetzungsfristen . . . . .	187
I. Gesetzliche Grundlagen und Anwendbarkeit . . . . .	187
II. Sinn und Zweck der Vorschrift . . . . .	187
III. Anforderungen an die Rüge des Verfahrensfehlers . . . . .	187
IV. Zulassungsrechtsbeschwerde . . . . .	188
V. Muster für eine auf Verstöße gegen die Urteilsabsetzungsfrist gestützte Rechtsbeschwerde . . . . .	189
 Kapitel 8. Pflichtverteidigung . . . . .	 191
 Kapitel 9. Verbandsbußgeldbescheid, § 30 OWiG . . . . .	 193
A. Einheitliches und isoliertes Verbandsbußgeldverfahren . . . . .	194
B. Aufgespaltene Verfahren gegen die juristische Person und deren Organ . . . . .	194
I. Verfahrenshindernis bei der Verfolgung der Personenvereinigung . . . . .	194
II. Heilungsmöglichkeiten . . . . .	195
 Kapitel 10. Vermögensabschöpfung im Ordnungswidrigkeitengesetz . . . . .	 199
A. Verfallsanordnung gem. § 29a OWiG . . . . .	199
I. Aktuelle Bedeutung von Verfallsverfahren . . . . .	199
II. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	200
III. Begehung einer mit Geldbuße bedrohten Handlung gem. § 1 Abs. 2 OWiG . . . . .	201
IV. Zielobjekt und Höhe des Verfalls . . . . .	202
1. Unmittelbare Kausalbeziehung zwischen Tat und Vorteil . . . . .	202
2. Das Bruttoprinzip . . . . .	203
3. Schätzungen des Erlangten gem. § 29a Abs. 3 Satz 1 OWiG . . . . .	204
V. Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	205
VI. Gesamtschuldnerischer Verfallbescheid? . . . . .	205
VII. Das Opportunitätsprinzip . . . . .	206
VIII. Unzulässige Doppelabschöpfung . . . . .	206
IX. Verjährung des Verfallbescheides . . . . .	207
X. Rechtsbehelf gegen Verfallbescheide . . . . .	207

XI. Verfahrenshindernis für selbstständige Verfallsverfahren gem. § 29a IV OWiG gegen die juristische Person bei Ahndung der Ordnungswidrigkeit „des Täters“?	207
1. Die Folgen der parallelen Verfolgung	208
a) Kein Verfahrenshindernis	208
b) Verfahrenshindernis	208
c) Stellungnahme	210
2. Heilung des Verfahrenshindernisses?	211
3. Getrennt rechtskräftig gewordene Bußgeld-/Verfallbescheide	212
4. Fazit	212
XII. Verfall als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar	213
XIII. Zusammenfassung	213
XIV. Fallbeispiel für Verfallsbescheid	214
B. Einziehung gem. §§ 22 ff. OWiG	220
<b>Kapitel 11. Die Rechtsbeschwerde</b>	<b>221</b>
A. Zulässigkeit	221
I. Statthaftigkeit	221
II. Beschwerdeberechtigung	222
III. Einlegungsfrist	222
IV. Einlegungsform	223
V. Begründungsfrist	223
VI. Form der Begründung	223
1. Die nicht zulassungsbedürftige Rechtsbeschwerde	223
2. Die zulassungsbedürftige Rechtsbeschwerde, § 80 OWiG	223
a) Fortbildung des Rechts	224
b) Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung	224
c) Versagung des rechtlichen Gehörs	225
3. Einschränkung des Zulassungsverfahrens, § 80 II OWiG	225
B. Begründetheit	226
I. Entscheidung über die Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde	226
II. Beschwerdegericht	226
III. Form der Entscheidung	226
Formular für einen Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde	227
<b>Kapitel 12. Wiederaufnahme des Verfahrens, § 85 OWiG</b>	<b>229</b>
<b>Kapitel 13. Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen</b>	<b>231</b>
A. Vollstreckung der Bußgeldbescheide der Verwaltungsbehörde	231
B. Vollstreckung der gerichtlichen Bußgeldentscheidung	232
I. Vollstreckung der Geldbuße	232
II. Vollstreckung von Nebenfolgen	233
III. Parallelvollzug von Fahrverboten	233
1. Einführung in die Problematik	233
2. Meinungsstreit	233

## Inhaltsverzeichnis

a) Alte Rechtslage . . . . .	234
b) Rechtslage nach Einführung von § 25 II a StVG . . . . .	234
c) Gemischt straf- und bußgeldrechtliche Fahrverbote . . . . .	235
3. Überblick . . . . .	235
a) Mischfall: Fahrverbot nach § 25 Abs. 2a S. 1 StVG (mit Vier-Monatsfrist) trifft mit Fahrverbot nach § 25 Abs. 2 S. 1 StVG zusammen . . . . .	235
b) Zwei Fahrverbote nach § 25 Abs. 2a S. 1 StVG . . . . .	236
c) Zwei Fahrverbote nach § 25 Abs. 2 S. 1 StVG . . . . .	236
d) Mischfall: Fahrverbot nach § 25 Abs. 2 S. 1 StVG trifft mit Fahrverbot nach § 44 StGB zusammen . . . . .	236
e) Mischfall: Fahrverbot nach § 25 Abs. 2a S. 1 StVG trifft mit Fahrverbot nach § 44 StGB zusammen . . . . .	236
4. Praxistipps . . . . .	236
5. Musterantrag . . . . .	237
C. Gnadenanträge . . . . .	239
<b>Kapitel 14. Verkehrszentralregister und Punktesystem . . . . .</b>	<b>241</b>
A. Einzutragende Entscheidungen . . . . .	241
B. Tilgung von Eintragungen und Hemmung . . . . .	242
C. Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde und Punkterabatt . . . . .	242
1. Stufe, § 4 III S. 1 Nr. 1 StVG (8–13 Punkte) . . . . .	242
2. Stufe, § 4 III S. 1 Nr. 2 StVG (14–17 Punkte) . . . . .	243
3. Stufe, § 4 III S. 1 Nr. 3 StVG (18 Punkte) . . . . .	243
D. Reduzierung des Punktestands . . . . .	243
E. Auskunft . . . . .	244
F. Verwertungsverbot getilgter Eintragungen . . . . .	244
G. Abgrenzung zum Bundeszentralregister (BZR) . . . . .	245
H. Im Ausland begangene Verkehrsverstöße . . . . .	245
<b>Kapitel 15. Rechtsanwaltsvergütungsfragen . . . . .</b>	<b>247</b>
A. Die Gebührentatbestände . . . . .	247
Fallbeispiel . . . . .	248
B. Die Gebührenhöhe . . . . .	249
I. Die gebührenbildenden Merkmale . . . . .	249
II. Ausgewählte Reibungspunkte . . . . .	250
1. „Gebühren in verkehrsordnungsrechtlichen Bußgeldverfahren sind stets unterdurchschnittlich“ . . . . .	250
2. „Verkehrsordnungswidrigkeiten sind Massengeschäft, welches wegen der großen Übung des Anwaltes hierin im Vergleich mit anderen Bußgeldsachen nichtalltäglicher Art unterdurchschnittlich zu bewerten ist“ . . . . .	252
3. „Die Qualifikation des Verteidigers ist gebührenneutral“ . . . . .	252
4. „Die Geldbußenhöhe ist im unteren Bereich des Bußgeldrahmens, welche von 40,00 bis 5.000,00 EUR geht“ . . . . .	253
5. „Die Dauer der Hauptverhandlung ist gering gewesen“ . . . . .	253

6. „Die Akteneinsichtspauschale wird bereits durch Nr. 7002 VV-RVG abgegolten“ . . . . .	253
7. „Die Terminsgebühr ist nicht notwendig gewesen. Die Anberaumung bzw. Durchführung des Hauptverhandlungstermins wäre vermeidbar gewesen, wenn der Verteidiger bereits zuvor entlastende Umstände vorge-tragen hätte.“ . . . . .	254
8. „Reisekosten eines Rechtsanwalts, der nicht in dem Bezirk des Prozess-gerichts niedergelassen ist, sind nicht erstattungsfähig. Der Betroffene hätte einen Anwalt am Gerichtsort beauftragen können.“ . . . . .	255
III. Anwaltlicher Ermessensspielraum . . . . .	256
C. Zusätzliche Gebühren . . . . .	256
I. Die Befriedungsgebühr gem. Nr. 5115 VV-RVG . . . . .	256
1. Die fünf Alternativen der Nr. 5115 VV-RVG . . . . .	256
2. Erforderliche Mitwirkung des Rechtsanwalts . . . . .	257
3. Höhe der Erledigungsgebühr . . . . .	258
II. Verfahrensgebühr nach Nr. 5116 VV-RVG . . . . .	258
1. Verfall als verwandte Maßnahme, Nr. 5116 VV-RVG, §§ 442 I StPO, 46 I OWiG . . . . .	259
2. Anfall der zusätzlichen Verfahrensgebühr nach Nr. 5116 VV-RVG . . . . .	259
3. Wertgebühr in Höhe von 1,0 . . . . .	260
4. Gesonderte Entstehung der Verfahrensgebühr in jeder Instanz . . . . .	260
5. Berechnungsbeispiel . . . . .	261
6. Ausschluss einer Pauschgebühr gem. § 51 I 2 RVG . . . . .	261
7. Fazit . . . . .	262
D. Vorschuss gem. § 9 RVG . . . . .	262
E. Praxis der Gebührenerstattung bei Freisprüchen . . . . .	262
I. Aufgaben des Bezirksrevisors . . . . .	263
II. Verfahrensgang . . . . .	263
III. Erstattungsfähigkeit mehrerer Verteidiger im Bußgeldverfahren . . . . .	264
IV. Auslagen des Freigesprochenen . . . . .	265
F. Fazit . . . . .	265
<b>Kapitel 16. Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Aspekte . . . . .</b>	<b>267</b>
A. Sozialversicherungsrechtliche Risiken . . . . .	267
I. Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 16. 10. 2008 . . . . .	267
II. Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 20. 1. 2010 . . . . .	268
B. Gezahlte Bußgelder absetzbar nach EStG? . . . . .	269
C. Rechtsanwaltskosten als Betriebsausgaben/Werbungskosten absetzbar . . . . .	269
D. Fazit . . . . .	270
Literaturverzeichnis . . . . .	271
Stichwortverzeichnis . . . . .	275